



Nachrichten

Unabhängige Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte

Nr. 8

Juni 1985

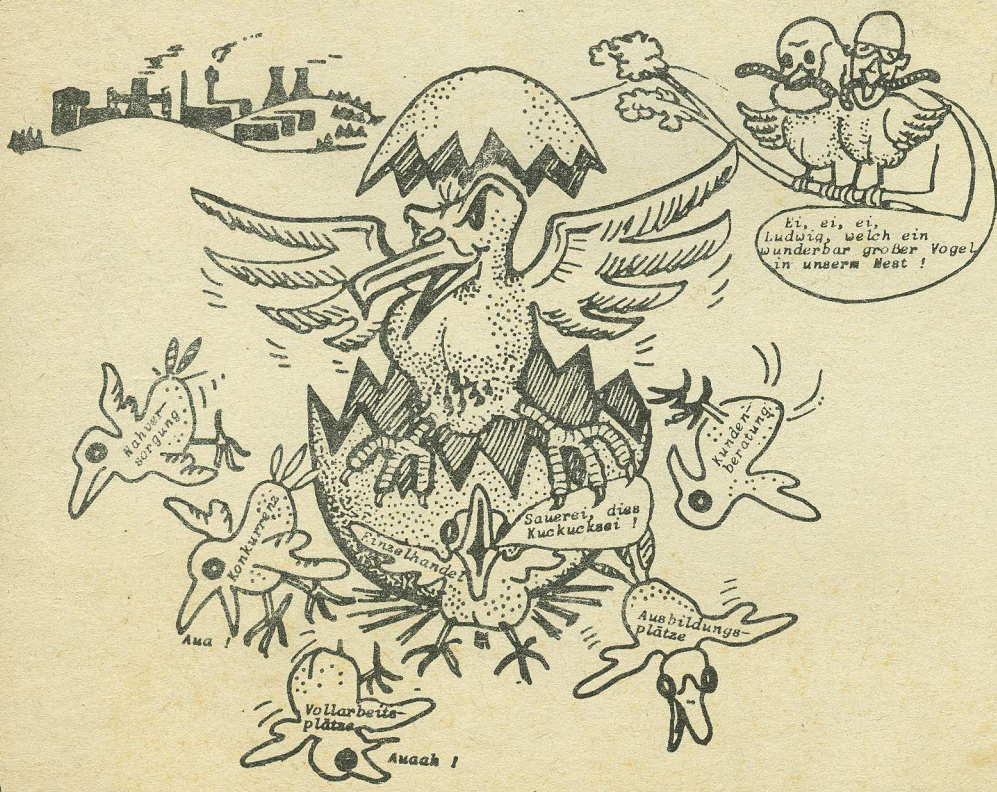
5. Jahrgang

Sie lesen diesmal:

Hütte weiterhin unsicher
CDU-Zwischenbilanz
Adler in Gmhütte
Schulstreit in Oesede
Stromerzeugen mit Wind

Siepelmeier hört auf
Stadt verteuert das Bauen
Ampel bei Aldi verhindert
Waldsterben auch in Gmhütte
Teckelhagenprozeß verloren
Verlegung von Galen Straße
Arbeitskreis Äthiopienhilfe

Klöcknerhäuser gefährdet
Frauen aktiv
Verkehrsberuhigung
Mehr Bürgernähe
Nachlese Bruker Veranstaltung
Post Oesede-Süd dicht
Baubeginn am Steinbruch



KONZERNE MACHEN KASSE UND NACHHER ZAHLT DER STAAT

Während ich diese Zeilen im März 85 schreibe, ist es stiller geworden um Klöckner. Aber heißt das, das Werk ist gerettet? Sicherlich nicht, in den Chefetagen wird noch genügend geredet und nachgedacht. Die Umstrukturierung der Stahlindustrie ist noch nicht entscheidend vorangekommen und die Überkapazitäten sind noch lange nicht abgebaut. Gerade Klöckner ist in den letzten Tagen wieder mit seinen Bilanzen ins Gerede gekommen; es hat sich langsam herumgesprochen, daß alles "auf sehr wackligen Füßen" steht.

Auch wenn die nds. Landesregierung hartnäckig weitere öffentliche Mittel verweigert, so ist noch lange nicht abzusehen, wie lange sie den Erpressungsversuchen der Konzerne widerstehen kann. Bisher haben diese es in ähnlichen Fällen immer geschafft, die Interessen der einzelnen Bundesländer und Regionen zu ihrem eigenen Vorteil gegeneinander auszuspielen. Hoffentlich hat man davon gelernt.

In der Öffentlichkeit wird die Verantwortung der Eigentümer von Klöckner viel zu wenig gefordert. Sie haben jahrzehntelang gute Gewinne gemacht, haben es geschafft, dennoch die Verantwortung für die Arbeitsplätze abzutreten und tun so, als ob das Werk dem Staat gehören würde. Durch die Verschachtelung der einzelnen Teile des Gesamtkonzerns wurden die gewinnbringenden Teile ausgegrenzt und der Rest soll lang-

fristig "ausgesetzt" werden. Gewinne werden privatisiert, die Verluste dem Steuerzahler aufgebürdet. Diese verantwortungslose Unternehmensführung ist verantwortlich für die Gefährdung der Arbeitsplätze und hier muß in erster Linie das Recht auf Arbeit "eingeklagt" werden.

Da ist es nur konsequent, wenn die IG Metall die Vergesellschaftung der Stahlindustrie fordert. Wenn schon der Steuerzahler für die Verluste aufkommt, dann sollen ihm die Werke, die er bezahlt, wenigstens auch gehören. Unverständlich ist nur, warum die Eigentümer auch noch entschädigt werden sollen. Wer so unverantwortlich mit seinem Unternehmen umgeht und dabei tausende von Arbeitsplätzen gefährdet, hat jedes Eigentumsrecht an seinem Betrieb verwirkt. In diesem Fall läßt unser Grundgesetz die entschädigungslose Enteignung zu.

Mit der Vergesellschaftung sind sicherlich nicht alle Stahlprobleme gelöst. Die Umstrukturierung stünde dann erst am Anfang. Aber es wäre die Voraussetzung geschaffen, daß bei der Umstrukturierung die sozialen Belange der Arbeitnehmer berücksichtigt werden. Das kann z.B. auch das Überleben des Werkes in Gmhütte bedeuten. Auf jeden Fall fällt die Entscheidung dann weder in Australien, noch in Amerika, noch durch Leute, die hier noch nie jemand gesehen hat.

Johannes Jakob

HÜTTE WEITERHIN UNSICHER

Die Unsicherheit über den Weiterbestand der Hütte ist seit dem letzten Herbst keinen Deut geringer geworden. Der Konzernvorstand besteht weiterhin auf totaler Beseitigung. In Gmhütte, im Landkreis und in Hannover wird auf dem Erhalt der Kapazitäten einschließlich Bau der Stranggußanlage bestanden, wie von Klöckner als Voraussetzung für die erhaltenen Bundes- und Landeszuschüsse zugesagt.

Nach Bau der Stranggießanlage würden, so ist von unabhängiger Stelle bestätigt, in Gmhütte schwarze Zahlen geschrieben werden können. Gerade vor diesem Hintergrund ist es besonders schlimm, daß die Fusionspartner die Hütte nur aus dem Grunde schließen wollen, weil sie für die Beseitigung der Anlagen und Sozialplanaufwendungen 350 Mio. DM Staatszuschüsse erhalten.

Da es bei der Konkurrenz auf dem Weltmarkt in Europa zunehmend schwerer wird, mit Stahlproduktion Geld zu verdienen, besteht bei

einigen Bossen, so auch die Klöcknerneigenerfamilie Henle die Tendenz, diesen Unternehmensbereich "loszuwerden". Alle anderen Stahlkonzerne haben bereits den Schritt der Trennung von Stahlerzeugung und -verarbeitung vollzogen, damit gesellschaftsrechtlich die Gewinne in der Verarbeitung nicht die Verluste bei der Erzeugung decken müssen. Dieser Schritt, der nun auch bei Klöckner zur Gründung einer eigenen "Stahl-GmbH" führen soll, ist für die Hütte möglicherweise genauso gefährlich wie die Fusion: Wenn dann die profitablen Bereiche nicht mehr ausgleichen, ist die Pleite schnell da. Selbst wenn es eine Fusion Krupp-CRA-Klöckner unter Erhalt der Hütte gäbe, käme die Gefahr des Dichtmachens über kurz oder lang wieder auf, da CRA neue rationellere Stahlwerke außerhalb Europas plant.

Wenn es aber aus der Interessenslage der Industrieregion Osnabrück weiterhin sinnvoll und zur Einsparung unnötiger Verkehrswege wirtschaftlich ist, hier eine Stahlerzeugung zu behalten, und die Konzerne dies nicht gewährleisten können, müßte untersucht werden, wer das stattdessen kann.

Scheißegal!

Für große Aufregung in Gmhütte und Umgebung sorgte die Ansiedlung des Textilgroßmarktes Adler in den Gebäuden des ehemaligen "Möbelkreis Wohnidee" in Harderberg. Anlaß dafür waren aber nicht nur die Umstände der ungenehmigten und handstreichartigen Eröffnung entgegen Ratsbeschuß. Anlaß war auch die bange Frage vieler Kaufleute, Beschäftigten und Azubis nach ihrer Existenzgrundlage.

Die Unruhe ist verständlich, sind doch neben Adler und dem Geschäftszentrum im Steinbruch mit einem Teppichzentrum und zwei Warenhausketten weitere Großansiedlungen im Gespräch. Und es ist bekannt, daß durch derart rationelle Neuan-siedlungen auf die Region bezogen wesentlich mehr Arbeitsplätze zerstört als geschaffen werden. Darüberhinaus wird die Nahversorgung nach Schließen kleiner Geschäfte gefährdet und die wenigen verbleibenden großen haben die Preise dann im Griff. Adler hat darüberhinaus außer in der Zentrale Haibach keine Azubis und beschäftigt überwiegend Teilzeit- und 400 DM - Kräfte. Werden die konkurrierenden Einzelhändler nicht gezwungen, genauso zu verfahren?

Diese und ähnliche Gedanken mögen den Stadtrat am 13. März bewegt haben, sich mit 20:16 gegen die Ansiedlung von Adler in Gmhütte auszusprechen, aber, wie später deutlich wurde, nur mit halbem Herzen ...

Entscheidend für den Mißerfolg bei der Verhinderung von Adler war die Spaltung der CDU-Spitzen Siepelmeyer ("ja") und Lunte ("nein"). Das Engagement des Bürgermeisters wird deutlich an seiner Aussage einem Oeseder Textilkaufmann gegenüber: "Mir ist **scheißegal**, was aus den Oeseder Geschäftsleuten wird".

Scheißegal war den Herren Siepelmeyer, Rolfes und Tegeler offensichtlich auch, wo zu sich der Rat nach langen Diskussionen durchgerungen hatte. Auf meine Frage, ob er nach dem 13.3. noch Kontakt mit der Firma Adler gehabt und ob er den ablehnenden Ratsbeschuß konsequent vertreten habe, erklärte mir Ludwig Siepelmeyer am 18.4., er habe der Firma lediglich in einem ca. 10minütigen Tel.gespräch sofort nach der Ratssitzung die Ablehnung mitgeteilt. Aus der CDU-Fraktion aber war zu erfahren, daß am 18.3. ein persönliches Gespräch zwischen Siepelmeyer, Rolfes und Herrn Dr. Karches/Adler im Büro des Maklers und Möbelkreis-Besitzers Werrelmann stattfand.

Daß hier die Grundlage für Adlers Überraschungsangriff zusammengezimmert wurde, ist derzeit nicht beweisbar. Ob aber derart hochkarätige Leute nur zum Kaffeetrinken zusammenkommen? Und warum sollte

mir Siepelmeyer die Unwahrheit gesagt haben, wenn es nicht etwas zu verbergen gab? Als der Stadtdirektor auf unseren Antrag im VA am 24.4. zu den Inhalten dieses Treffens befragt werden sollte, wurde die Sache "aus Zeitgründen" von der Tagesordnung abgesetzt, und seither ist Herr Rolfes in Kur.

Die Ansiedlung von Adler paßte sicherlich in das wirtschaftsliberale Weltbild unseres Bürgermeisters. Was aber mag ihn hier zu so starkem Engagement veranlaßt haben? Nun muß man wissen, daß er Anteilseigner des Möbelkreises war und im vergangenen Herbst entgegen dem Mitwirkungsverbot nach § 26 NGO zweimal an VA-Sitzungen teilnahm, die das "nein" des Planungsausschusses zu einer von dem geschäftlich niedergehenden Möbelhaus beantragten Nutzungsänderung abänderten.

Als Mitbeteiligter mußte Siepelmeyer auch das Interesse haben, nicht nur das Möbelkreisgebäude überhaupt zu verkaufen, sondern auch zu einem guten Preis. Wie es bei der bekannt guten Beziehung zwischen Makler Werros und Bürgermeister zu dem Verkauf an Werrelmann und bei der vergeblichen Suche von Adler nach einem Osnabrücker Grundstück zum Abschluß des Mietvertrags für das Gelände an B 68/A 33 kam, kann jeder erraten.

Wenn dies aber Stück für Stück bewiesen werden könnte, gäbe es im Rat zwei Abwahlanträge, und man brauchte sich über die Mehrheit keine Sorgen machen.

Auch nach Adlers Eröffnung war noch immer eine Stillelegung möglich. Die größte Chance wurde in einer eigens dazu anberaumten Planungsausschußsondersitzung am 1.4. vertan. Nachdem am selben Tage bereits seitens des Kreises die sofort vollziehbare Stillelegungsverfügung bei Adler eingegangen war, hätte jetzt und in einer darauffolgenden Ratssitzung der Bebauungsplan geändert und eine Veränderungssperre verhängt werden müssen. Statt daß die Mehrheit nun aber im Sinne des ablehnenden Ratsbeschlusses weiterarbeitete, setzte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Tegeler dem Vernehmen nach dafür ein "dies doch nicht ohne die gesamte Fraktion zu machen" und hielt dem in Israel weilenden Bürgermeister die Stange.

Über dessen mögliche Verwicklungen gab es auch in der CDU während seiner Israelreise viel Protestgeschrei; kaum war er aber wieder da, fand in der CDU-Fraktion eine Vertrauensabstimmung statt, und bei einer Enthaltung standen alle wieder hinter dem Big Boss ...

Die Frage ist nur, ob die CDU auf Dauer mit einer solchen Situation leben kann und ob - im wahrsten Sinne des Wortes - der Gmhütter Mittelstand mit einer solchen CDU leben kann!

Heinrich Bartelt

SCHULSTREIT IN OESEDE

Seit einiger Zeit gibt es in Oesede Schulstreitigkeiten, und zwar aus folgenden Gründen: Laut Nds. Schulgesetz darf an einer kath. Grundschule die Zahl von 11 Schülern einer anderen Konfession nicht überschritten werden.

Die Michaelisschule hat dieses Gesetz zur Freude der evang. und mit Zustimmung der kath. Eltern bis jetzt nur sehr locker gehandhabt und mehrere, direkt in der Nähe wohnende Kinder, die oft beschwerliche Wege zur evangelischen Freiherr vom Stein-Schule gehen mußten, über die Zahl aufgenommen.

Bis jetzt hatte sich darüber kein Mensch beschwert, und auch die Stadt als Schulträger hatte ein Auge zugezückt.

Da aber zuletzt die festgelegte Grenze erheblich überschritten war, führte das dazu, daß die Bezirksregierung die Stadt beauftragt hat, mit Hinweis auf das Schulgesetz der bisherigen Situation ein Ende zu bereiten. Dies alles natürlich sehr zum Verdruß der Eltern. Ein Verbot für mehr als 11 Schüler an der Michaelisschule würde nämlich bedeuten,

1. daß die ev. Kinder von den kath. getrennt würden, obwohl sie jahrelang im Kindergarten und in der Nachbarschaft gelebt bzw. gespielt haben, und

2. daß sich einige Eltern gezwungen sehen, im Interesse ihrer Kinder aus der ev. Kirche auszutreten bzw. ihre Kinder dort abzumelden. Denn unsinnigerweise gelten für konfessionslose Kinder keine Zulassungsbeschränkungen!

Aus diesen Gründen hat sich jetzt eine große Welle der Solidarität unter der Elternschaft breitgemacht, so daß einige sogar einen Antrag an den Schulausschuß der Stadt gestellt haben, die Michaelisschule in eine Schule aller Bekenntnisse umzuwandeln. Leider ist die übergroße Mehrheit der Eltern wegher verwirrender Empfehlungen eines Ratsmanns von diesem Antrag nicht unterrichtet worden und konnte ihn deshalb nicht unterschreiben.

Der Ausschuß hat deswegen diesen Antrag ebenso wie einen zweiten Antrag der Verwaltung, die Bekenntnisschule zu belassen, zwar beraten, jedoch noch keine Entscheidung getroffen. Die Verwaltung wurde außerdem beauftragt, die Sache mit den Betroffenen noch einmal zu besprechen.

Mittlerweile haben sich einige Eltern zusammengetan mit dem Ziel, einen von allen Eltern getragenen Lösungsvorschlag auszuarbeiten.

Rene Krekelaar

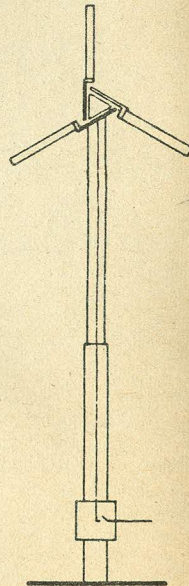
Stromerzeugen mit Wind

Seinen gesamten Energiebedarf selbst herstellen und trotzdem die Umwelt nicht belasten - wenn sich das auch zunächst wie Spinnerei anhört, es ist möglich. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist ganz in der Nähe: in Mettingen gleich dreimal zu bestaunen. Dort haben sich verschiedene Hauseigentümer eine netzgekoppelte Windkraftanlage der holländischen Firma Lagerwey zum Preis von ca. 70.000 DM aufgestellt. Die Anlage der Familie Koch beispielsweise ist 24 m hoch, hat einen Rotordurchmesser von ca. 10 m und leistet max. 20 KW.

In den ersten zwei Jahren ist keine einzige Reparatur angefallen. Pro Jahr erzeugt die Anlage ca. 20.000 KWh. Kochs betreiben mit dem Strom die gesamte häusliche Versorgung; geheizt wird mit einer windstrombetriebenen Wärmepumpe. Die Familie besitzt außerdem ein Elektroauto, dessen Batterien mit der Windkraftanlage beladen werden (Spitzengeschwindigkeit ca. 80 km/h; Reichweite 70 - 80 km pro Ladung).

Da die Anlage netzgekoppelt ist, wird fehlender Strom zu windschwachen Zeiten von der RWE geliefert, zu guten Zeiten der überzählige ins Netz eingespeichert (aber leider nur mit ca. 10 Pfg. pro KWh bezahlt). Da die Ergebnisse trotz des nur mittelmäßigen Standortes äußerst gut sind, konnte die Familie zunächst nur 58% des selbstproduzierten Stromes verbrauchen. Nach Anlegung windbeheizter Gewächshäuser und eines Swimmingpools konnte der Anteil auf 75% erhöht werden.

Nachdem man zunächst von einer Amortisation in 11 Jahren ausgegangen war, wird sich die Anlage nun voraussichtlich schon nach 7 Jahren bezahlt machen. Und dann sind Strom, Heizung, Autofahren usw. für die Lebensdauer der Anlage von ca. 25 Jahren umweltverschmutzungsfrei und außer Reparaturaufwand fast umsonst. Na, dann gut Wind ...



SIEPELMEYER HÖRT AUF - CHAOS IN DER CDU-FRAKTION

Bürgermeister Siepelmeyer hört auf! Anfang des Jahres teilte er seiner staunenden Fraktion mit, daß er für eine neue Wahlperiode zur Kandidatur nicht mehr zur Verfügung stehen werde. Viele andere werden das, was er schon in der Wahlnacht des 27.9.81 angekündigt, auch erst glauben, wenn sie es selbst sehen.

Die Nachfolgefrage und einige andere Problembereiche (Verkehrsberuhigung, Ansiedlung Adler, Auswahl des neuen VHS-Leiters und versch. Einzelfragen) haben in der CDU ein starkes Durcheinander ausgelöst, dessen Höhepunkt noch nicht erreicht scheint. Zwischen den beiden potentiellen Kronprinzen Tegeler und Lunte kam es hin und wieder zu Reibereien, ebenso zwischen Tegeler und Elixmann, der stellv. Bauauschußvorsitzende Rohling trat von seinem Posten zurück und wurde durch Aufsteiger Frische ersetzt, Landwirt Meyer zu Oesede spielt seine Rolle als Vertreter der Bauern zunehmend selbstbewußter und auch die JU-Ratsherren Eggert und Vogt haben noch eigenes Profil behalten.

Derzeit ist ungewiß, wohin die Auseinandersetzungen münden. Aber möglicherweise werden die enttäuscht, die mit persönlichen Erwartungen in sie hineingegangen sind und ein Unverbraucher wird auf den Schild gehoben.

So oder so, ohne ein Gewitter dürfte es nun nicht mehr abgehen, die Frage ist nur, ob es regnet. Das hätte die Union seit Jahren nötig!

Heinrich Bartelt

Stadt verteuert das Bauen

Im Sommer vergangenen Jahres beschloß der Stadtrat eine Anhebung der Anschlußkosten für den Regen- und Schmutzkanal, obwohl bei der letzten Erhöhung am 1.4.83 beschlossen worden war, die Kosten bis April 1985 stabil zu halten.

Begründet wurde die erneute Verteuerung damit, daß die neueren Bebauungspläne nur eine geringere Grundstücksausnutzung zuließen und die auf dieser Grundlage berechneten Beiträge für die Stadt damit geringer würden. Das war aber nicht der Fall, im Gegenteil: durch die neuen Beiträge dürfte es z.B. im Baugebiet Malbergen, das gerade jungen und kinderreichen Familien dienen sollte, zu einer Überdeckung kommen. Der alte Satz von Juli 83 war auch für die neuen Baugebiete Hohe Linde, Teckelhagen,

Ampel bei Aldi verhindert

Fußgänger und Radfahrer haben es schwer mit dem Verkehr - und in Gmhütte kann man sagen: auch mit den Behörden!

So bestand schon seit längerem vonseiten der Elternschaft der Michaelisschule die Forderung, die Einmündung Graf Stauffenberg Straße in die L 95 bei Aldi mit einer Vollampel zu versehen. Dies wurde zunächst vom gesamten Rat unterstützt: die Radfahrer sollten eine sichere Kreuzungsmöglichkeit und die Fußgänger insbesondere zwischen Aldi und Dütmann einen sicheren Überweg erhalten.

Nachdem sich die Anlieger aber dagegen gewehrt, mit leiser Unterstützung der Stadtverwaltung ein Gegengutachten erstellen lassen, und sogar persönlich einen Termin bei der Verkehrsschau bekommen hatten, wendete sich das Blatt: Bürgermeister und Verwaltung waren plötzlich gegen die Ampel. Und nur um der Politik einen Gefallen zu tun ("die wollen bunte Lichter sehen"), beschloß man dann eine Fußgänger-Druckampel zwischen Aldi und Dütmann, obwohl fraglich war, ob die von den Radfahrern überhaupt angenommen würde.

Das war aber auch nur ein Vorschlag zum Abgewöhnen: Der Landkreis entschied, nachdem die Ratsmehrheit ohnehin brüchig geworden war, auch diese "Lösung" nicht zuzulassen. Als Parallelfall hierzu ist interessant, daß in der Frage der Ampelaufstellung in Dröper bei Heuer sogar noch ein einstimmiger Ratsbeschuß pro erfolgte, nachdem schon die ablehnende Kreismeinung feststand. Ob von CDU oder SPD jetzt wohl noch eine ähnliche Initiative kommt?

Es ist zwar mittlerweile ein 30 km/h-Schild aufgestellt, Fußgänger und Radfahrer müssen aber noch immer ungeschützt die unübersichtliche Stelle passieren.

Oeseder Esch und Zuckerhut kalkuliert. Die Verwaltung führte später an, daß Berechnungen der Erschließungsgesellschaften aber ergeben hätten, daß man mit den alten Beträgen nicht hinkomme. Hierzu muß man wissen, daß die Firmen ein Interesse an hohen Beträgen haben, da sie einen möglicherweise vereinnahmten Überschuß nicht abzuführen braucht. Treten höhere Kosten auf, hat die Stadt diese zu tragen.

Den Kostenersatz für den Regenkanalanschluss wollte die Verwaltung sogar von 880 auf 1000 DM anheben, obwohl nach der Kalkulation sogar weniger Kosten auftreten werden, beim Gebiet Hohe Linde z.B. 780 DM. Auf Initiative der UWG blieb es hier dann wenigstens beim alten Betrag.

Aufgrund der konkreten Zahlen kann man sagen, daß die hohen Kosten der Baugebiete Teckelhagen und Hohe Linde den Durchschnitt der Anschlußgebühren in die Höhe getrieben haben.

Waldsterben auch in Gmhütte

8% der Waldflächen in der BRD waren 1982 krank, 34% 1983, 50% 1984 - und 1985 ?? 70 oder gar 90% ?

Können wir eigentlich bei diesen Zahlen noch alles beim alten lassen? Gleichviel Auto- und Heizungsabgabe in die Luft jagen? Gleichviel Strom aus schlecht gereinigten Erwerken beziehen (nach neuesten Untersuchungen von Prof. Reichelt tragen auch Atomkraftwerke zum Waldsterben bei).

Wir sind heute darauf erpicht, jeden kleinen Gefallen, den uns jemand tut, wieder gut zu machen. Bei den Bäumen und Pflanzen, die die Freundlichkeit besaßen, uns unser Leben lang kostenlos mit Sauerstoff zu beliefern, revanchieren wir uns mit laufenden Erstickungs-"Gaben".

Worauf warten wir eigentlich noch? Auf noch eindeutiger Zahlen oder auf den Frühling, wo es überhaupt keine Blätter mehr gibt? Dabei sind die Waldschäden, wie in der Skizze ersichtlich, doch auch bei uns mittlerweile unübersehbar:

Durchschlagender Erfolg umweltverbessernder Maßnahmen kann nur durch eine gegenseitige Ergänzung staatlicher und freiwilliger privater Initiativen erreicht werden: Durch ein Tempolimit von 80 auf Landstraßen und 100 km/h auf Autobahnen könnten Stickoxide bereits um ca. 20% verringert werden. Ein teilweise radikaleres Limit ist in Japan bereits in Kraft. Die vor Jahren in den USA verhängte Senkung der Höchstgeschwindigkeit von 104 auf 88 km/h sorgte für jährlich etwa 10.000 Verkehrstote weniger.

Darüberhinaus: Jedes Fahrzeug, das bleifrei verträgt, sollte auch bleifreies Sprit fahren, es gibt ihn in Gmhütte.

Oder: Die evangelische Kirche in der DDR forderte ihre Pfarrer auf, mehr zu radeln. Wäre nicht auch bei uns ein Aufruf von den Kanzeln denkbar "Schont Gottes Schöpfung - Fahrt mehr mit Rad, Bus und Bahn"!?

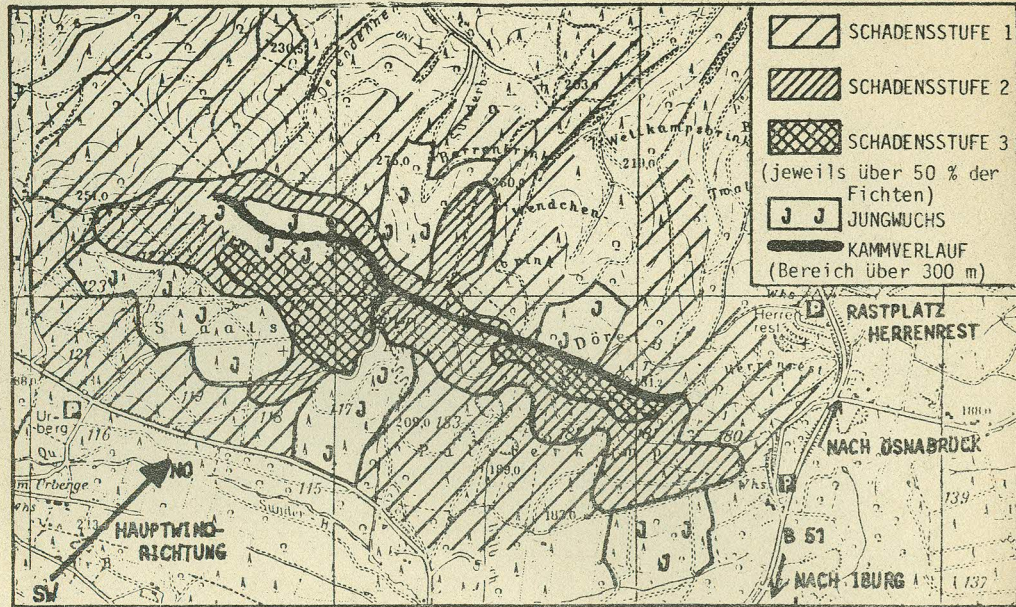


Abb. 6: Waldschäden im Bereich des Dörenberges bei Bad Iburg (Teutoburger Wald). Terrestrische Schätzung März/April 1984

Fischsterben in der Düte

Am Samstag, den 18.5., wurden in der Düte zwischen Firma Holtmeyer und Einmündung Oeseder Bach über 30 tote Fische aufgefunden. Das durch die Polizei verständigte Kreistiefbauamt wurde nicht mehr aktiv, weil von der Polizei am Sonntagmorgen nur noch 4 Tiere gesichtet worden waren. Ein Fall von vielen Umweltverschmutzungen

an Wochenenden, wo die Behörden nicht zu erreichen sind.

Wir meinen, bei gutem Willen müßte seitens der zuständigen Stellen ein Wochenendnotdienst zu organisieren sein. Erster Ansprechpartner für fragende Bürger könnte auch die örtliche Polizei sein (Tel. 5011), bei der kürzlich ein Umweltuntersuchungskoffer angeschafft wurde.

CDU - Zwischenbilanz keine Erfolgsbilanz

Im Herbst vergangenen Jahres flatterte den Gmhütter Bürgern eine "Zwischenbilanz" der CDU-Fraktion ins Haus. Aufgrund der sehr schwachen inhaltlichen Aussagen und äußeren Form hatten manche Bürger schon den Eindruck, daß es sich um eine Fälschung handelte, von der UWG herausgegeben, um der CDU zu schaden, zumal die letzten Seiten noch eine so ausführliche Werbung für die Wählergemeinschaft enthielt. Das müssen wir hier aber in aller Form dementieren.

Halten wir der CDU zugute, daß sie das Papier in aller Bescheidenheit "Zwischen-" und nicht "Erfolgsbilanz" genannt hat und versuchen, uns sachlich auseinanderzusetzen. Zunächst ist feststellbar, daß unter der Rubrik "Was ist geschehen?" ein großer Anteil von Ungeschehenem, Geplantem, Erhofftem und Wiederholtem zu finden ist. Darüberhinaus sind 20% des Aufgeführten einfach schlicht falsch. Z.B. muß ge-

fragt werden: Wer baute ein Staubecken in Harderberg zum Feuchtbiotop aus? Wo bleiben die Kleingärten, die Schulsporthalle, der Holzhauser Tennenplatz, die Verkehrsberuhigung, die Ampeln in Dröper und bei Aldi, die Unterstützung der Heimatvereine, die Gespräche mit ausländischen Mitbürgern, das Baugebiet Esch? Wer bepflanzte die Grünanlage an der B 51 und wo ist die Restbepflanzung des Grünen Fingers? Wo wurde Regenrückhaltung betrieben?

Man fragt sich doch: Warum hat die CDU eine derart schiefe Darstellung nötig? Hat sie wirklich nichts Besseres vorzuweisen? Hätte sie den Bürgern nicht lieber ehrlich erklären sollen, warum es bei verschiedenen Vorhaben Schwierigkeiten gegeben hat? **Wo blieb der Bekennermut**, den der Schreiber des Liebesbriefes an die UWG, der vergessen hatte, seinen Namen zu bekennen, so vehement gefordert hatte?

Teckelhagen-Prozess verloren

Nun wird wohl bald mit den Bauarbeiten am Teckelhagen begonnen werden! Eine einstweilige Verfügung dagegen scheiterte am 13.3.84 und eine Klageberechtigung des Anliegers Westerbusch im Normenkontrollverfahren wurde vom OVG Lüneburg am 23.4.85 verneint. Es ist damit seit zwei Jahren nicht zur rechtlichen Überprüfung der verschiedenen schweren Verfahrensmängel gekommen, und das nur, weil niemand durch den Bebauungsplan derartig stark getroffen wird, das er klagen könnte.

Trotzdem stellte das Gericht während der Verhandlung fest, daß von Bürgermeister und Stadtdirektor mit Schadenersatzandrohungen Druck auf den Rat ausgeübt worden sei und der Bebauungsplan somit an Fehlern leide.

Mit Kopfschütteln begegnete der vorsitzende Richter der "verhängnisvollen Doppelrolle" des Bürgermeisters als gleichzeitiger Notar des Stephanswerkes. Wegen seiner Handlungsweisen und Aussagen hätten Schadenersatzansprüche eventuell sogar ihn selbst treffen können. Gestützt durch diese Aussagen des Richters wurde in der letzten UWG-Mitgliederversammlung eine Petition an den Landtag befürwortet mit der Bitte um nochmalige Überprüfung.

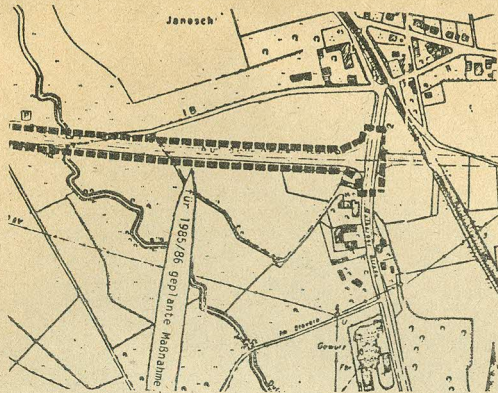
Sollte die nicht stattfinden, ist für die Öffentlichkeit folgendes festzuhalten: Es wird rechtlich nicht beanstandet, wenn mit einem Bebauungsplan überwiegend Privatinteressen verfolgt, wenn Privatinteressen und öffentliches Amt miteinander verquickt werden, wenn Bürgermeister und Stadtdirektor den Rat mit vermutlich sogar falschen Behauptungen unter Druck setzen und der Stadtdirektor die Aussagen der Kreisnaturschutzbeauftragten vor dem Rat ins Gegenteil verkehrt. Wenn es dabei bleibt, kann man in bezug auf Gmhütte nur noch sagen: Wer die macht hat, hat das Recht!!

SPENDENAUF RU F

Die UWG bittet alle am Erhalt des Teckelhagen interessierten Bürger, Herrn Westerbusch bei der Finanzierung seiner Prozeßkosten von voraussichtlich ca. 6000 bis 7000 DM behilflich zu sein. Spenden auf das Konto der UWG 3 320 587 bei der Kreissparkasse mit dem Kennwort "Teckelhagen" werden von uns unverzüglich weitergeleitet.

SPENDENAUF RU F

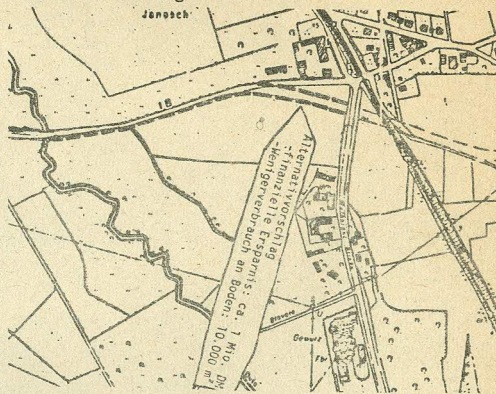
VON GALEN STR. VERLEGUNG SKANDAL



der Holzhauser und Malberger Bürger, die sich demnächst mit dem erhöhten Verkehr herumzuschlagen haben, wenn die Straße zur Kreisstr. aufgestuft ist, übergangen und die Planung nur mit den Grundstückseigentümern ausgehandelt.

Hierbei kam es zu ungerechtesten Ergebnissen: Für vergleichbares Land erhielt der eine das dreifache, wie ein anderer; der eine bekam zwei Grundstücke von der Stadt, der andere eins, die übrigen keins (Grundstücke, auf denen eigentlich junge und kinderreiche Familien bauen sollten) und sonstige Abmachungen, die der Stadt teuer zu stehen kommen und von denen sie nur hoffen kann, daß niemand davon erfährt, der in vergleichbare Lage kommt.

Aufgrund dieser katastrophalen Pläne sah sich die UWG im öffentlichen Interesse verpflichtet, die Aufsichtsbehörden um erneute Prüfung zu bitten und sich in einer Petition an den Landtag zu wenden.



Ein Skandal ist es, wie mit der geplanten Verlegung der von Galen Str. (Düte bis Baller Baubeginn im Sommer) Geldverschwendung und unnötige Naturzerstörung betrieben wird. Deckenverbesserung und separater Rad-/Fußweg sind hier zwar dringend erforderlich, es wären aber 1 Mio. DM und 10.000 m² Boden zu sparen gewesen, wäre die Straße auf der alten Trasse verblieben, wäre lediglich am Hof Plate ca. 50 m vom Hof abgeschwenkt und Grunderwerb außerdem nur für den separaten Radweg getätigt worden. Auch so wäre weiterhin die zwar von der Ratsmehrheit gewünschte, von der UWG aber für überflüssig erachtete Weiterführung der Umgehungsstraße durch Malbergen (Kosten mind. 3 Mio. DM) realisierbar gewesen.

Die UWG hält es auch für schlimm, daß es keine Bürgerbeteiligung im Rahmen eines Bau- bzw. Planfeststellungsverfahrens gab. So wurden wesentliche Interessen z.B.

UWG - Landesverband

Seit dem 1.1.84 ist die UWG Mitglied im Landesverband Freier Wählergemeinschaften Niedersachsens. Andre Tiemeyer aus Gmhütte

Jäger und Katzen

Katzen können schlimme Umwelträuber, aber auch gute Haustiere sein. Nach dem Gesetz dürfen sie nur außerhalb 300 m von der Wohnbebauung von dazu Berechtigten getötet werden.

Am 28.11.84 nach Aussage von Anwohnern drei zahme Katzen im bewohnten Gebiet am Osterberg von Oeseder Jägern erschossen worden. Genauso wie der Jäger eine wilde Katze als Heger beseitigt, sollte es für ihn ebenso selbstverständlich sein, sich nicht an friedlichen Hauskatzen zu vergreifen, solange sich diese innerhalb der Zone auf Wohngrundstücken befinden.

wurde zum Landesschatzmeister gewählt. Aufgabe des Landesverbandes ist es, den Erfahrungsaustausch unter den WG's zu fördern, sie organisatorisch und in Rechtsfragen zu unterstützen wie auch die Vertretung gegenüber dem Landtag zu besorgen.

Kummerkästen im Rathaus

Seit kurzem wurden in den Eingangsbereichen von Rathaus und Verwaltungsgebäude II sogenannte "Kummerkästen" angebracht. Hier soll jedermann Anregungen, Wünsche und Kritik auf eine sehr einfache Weise an Rat und Verwaltung weitergeben können. Oder wenn jemand nicht damit zufrieden ist, wie er im Rathaus behandelt wurde, dann hinein mit einem kritischen Zettel in den K.K.! Motto: Besser direkt mit Wirkung motzen, als wirkungslos hinter dem Rücken schimpfen!

Arbeitskreis Äthiopienhilfe

Die Aktion "Menschen helfen Menschen" von Karl Heinz Böhm hat in Gmhütte und Umgebung mittlerweile nahezu 400.000 DM an Spenden eingebracht - für sich gesehen ein fantastisches Ergebnis, das den betroffenen in Äthiopien hoffentlich einen Beitrag leistet zu einer neuen und unabhängigen Existenz. Für mich zeigt das auch, daß die Bereitschaft bei uns wächst, über den eigenen Kirchturm hinaus Verantwortung für andere zu übernehmen.

Doch es darf beim Spenden allein nicht verbleiben, wenn es der Dritten Welt auf die Dauer besser gehen soll. Wir müssen erkennen, daß es einen Zusammenhang zwischen dem Überfluß hier und dem Elend dort gibt und müssen uns mit allem Ernst daran machen, unseren Lebensstil zu ändern. Bemühungen zur Änderung des Weltwirtschaftssystems helfen nicht, wenn sich die Lebensgewohnheiten der Verbraucher in den reichen Ländern nicht bessern.

Es hat sich mittlerweile ein Arbeitskreis mit Vertretern verschiedener Verbände und interessierten Einzelpersonen gebildet, der die Aktion mit Unterstützung der Stadt fortsetzen will.

Heinrich Bartelt

Neuer Rad-/Fußweg an der B 68

Seit einem halben Jahr fertig ist der neue Rad-/Fußweg an der B 68 zwischen Königsbachsiedlung und Schowwe, und er wird insbesondere von der Schülern gut genutzt. Vergessen wurde lediglich, die letzten 20 m vom Hainghof bis zur Haltestelle anzulegen; hier muß man jetzt noch immer für ein kurzes Stück auf die Fahrbahn. Ob dieses Manko nicht beseitigt werden könnte?

RETTET DIE KLÖCKNERHÄUSER. - RETTET DIE KLÖCKNERHÄUSER

Noch immer offen ist das Schicksal der vier Klöcknerhäuser oberhalb des Casinos, die ja nach dem gültigen Plan zum Abriß vorgesehen sind. Die CDU hat bereits beschlossen, daß die vorderen beiden fallen und die beiden kleinen erhalten werden sollen. Aber mit welcher Begründung? Es ist bedauerlich, daß man aus dem völlig überflüssigen Abriß des kaiserlichen Postamtes noch immer nichts gelernt hat. Fehlt der CDU die denkmalpflegerische Phantasie für das, was in Privatinitiative aus diesem Häuserensemble entstehen könnte? Könnte man nicht zumindestens eine Umfrage nach Kauf- und Restaurationsinteressenten durchführen, bevor mit kalter Hand ein Abriß verfügt wird?

Wir rufen hiermit alle Interessenten auf, sich mit uns (Tel. 2251) bzw. mit der Stadt in Verbindung zu setzen!

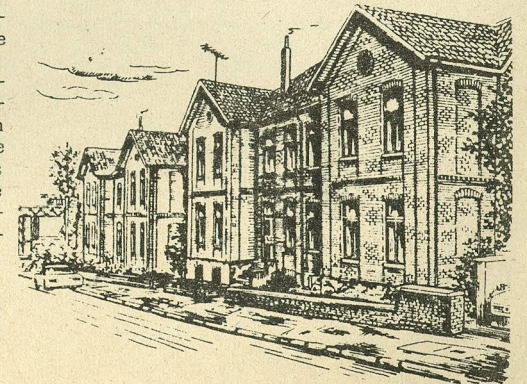
Wolfgang Springmeier

CDU und UWG verträglicher

In den letzten UWG-Nachrichten von Juli 84 habe wir die Öffentlichkeit über das damals mißliche Verhältnis zur CDU-Spitze informiert. Diesmal können wir von Verbesserungen berichten.

Nachdem die Angelegenheit am 7.9.84 auch über die NOZ ("UWG wirft Bürgermeister sogar Rechtsbrüche vor") bekanntgemacht worden war und die CDU darauf recht bissig, allerdings ohne Widerlegung unserer Argumente, aber mit einem Gesprächsangebot geantwortet hatte, versuchten wir erneut einzulenken: Wir wandten uns in einem bewußt freundlich gehaltenen Brief an die CDU mit der Bitte um einen Gesprächstermin. Diesen Brief wurde bis heute nicht beantwortet, trotz späterer mündlicher Nachfrage. Selbst als die Antwort auf die vom VA beim Landkreis gestellte Anfrage, ob UWG-Ratsherr Bartelt durch angebliche Weitergabe von vertraulichen Informationen seine Treuepflicht gegenüber der Stadt verletzt habe, die in der NOZ erhobenen CDU-Vorwürfe widerlegte, gab es weder eine Richtigstellung, noch ein Einlenken.

Eine überraschende Wende trat erst ein in der Folge eines familiären Treffens zwischen Siepelmeyer und Bartelt, das auf Vermittlung von Frau Siepelmeyer zustandekam. Und obwohl auch seither das zugesagte Gespräch mit der CDU-Fraktion nicht stattfand, war der menschliche Umgang in den Sitzungen ab November wieder relativ fair.



"Mütteraktion bedrohter Lebensraum"

Hier lassen wir heute Frauen zu Wort kommen, die vor über einem Jahr in der "Mütteraktion bedrohter Lebensraum" aktiv wurden und die mit ihren Familien und in der Gruppe den alltäglichen Umweltschutz leben wollen.

Ein Mitglied der Gruppe, Frau Krause aus Malbergen, sagt, daß die alarmierenden Berichte über die Umweltzerstörung für sie Motivation waren, sich in einem Kreis von Frauen mit diesen Problemen zu befassen.

Zum Sinn der Mütteraktion sagt sie Folgendes: Mit jeder Geburt schenken wir neues Leben und sind in besonderer Weise für dieses Leben verantwortlich. Die Folgen von verantwortungslosem Handeln haben unsere Kinder zu tragen. Darum sollten gerade Mütter und Frauen mit den Problemen der Umwelt auseinandersetzen und gegen deren Zerstörung angehen. Wenn wir Frauen auch in wesentlichen Bereichen unserer Gesellschaft hinten anstehen und oft garnicht für voll genommen werden, so sollen unsere Sorgen und Bemühungen doch laut werden.

Folgende Aktivitäten hat es bisher gegeben:

- "Waldspaziergang" mit Fachmann zum Thema "Waldsterben" mit anschl. Diavortrag
- Zwei aktuelle Themen in der Osnabrücker Frauenwoche ("Waldsterben" und "Die Rolle der Hausfrau und Mutter")
- Ein Wochenendseminar zum Kennenlernen
- Klöcknerbesichtigung: Mehr Informationen über KS- und Hochofenanlage
- Informationsstand auf dem Oeseder Wochenmarkt zum "Tag der Umwelt"
- Auf Einladung eines Ratsherrn: Ein Nachmittag mit unseren Kindern auf dem Bauernhof.

Weitere Planungen:

- Aktion gegen Einwegverpackung
- Beobachtungen über weiteres Auftreten des Pseudo-Krupp im Raum Gmhütte
- Gemeinsamer Nachmittag mit unseren Kindern.

Betroffene Eltern und allgemein Interessierte können sich jederzeit melden bei Evelyn Krause, Im Ahrenfeld 4, Tel. 05401-32711. Der Mütterkreis freut sich über jede Information. Regelmäßiger Treffpunkt im Frauenzentrum Osnabrück, Kommenderiestraße 41.

Angela Niemeyer



Die Gmhütter CDU tut sich mit der Verkehrsberuhigung in Wohngebieten zunehmend schwerer. Noch immer sind die im vergangenen Sommer gefaßten Beschlüsse in Sachen Kiewittsheide nicht verwirklicht: Weder wurden die nicht baulich eingeengten Kreuzungen auf der Alten Heerstraße versuchsweise mit Brunnenringen und Markierungen versehen, noch wurden Blumenkübel und Schilder 325/326 in der Nordstraße aufgestellt, noch ist an Rotdorn-/Weißdornstraße etwas geschehen. Da an der Heerstraße keine durchgängige Maßnahme getroffen wurde, ist es natürlich auch nicht möglich, wie vom Bauausschuß gewünscht, Erfahrungen zu sammeln. Warum diese Lustlosigkeit?

Einen massiven Rückfall gab es insbesondere in Teilen der CDU bei der Verkehrsberuhigung des **Sutfeldes**. Insbesondere Rats Herr Tegeler schien das Ergebnis des Bürgerausschusses aus Vertretern aller beteiligten Straßen sowie der städtischen Bürgerversammlung vergessen zu haben, deren Ergebnis ein verkehrsberuhigter Ausbau von Wolker Str. (niveaugleich) und Loh (höhenungleich) unter Einbeziehung einfacher Maßnahmen in der Kreuzstraße sein sollte. Ebenfalls angesprochen wurde eine Einengung der Galen-Str. durch Parkstreifen bzw. Radweg auf der Südseite. Dies sollte plötzlich alles nicht mehr gelten.

Nach langen Diskussionen und Bemühungen der betroffenen Bürger kam es zu einem einstimmigen Bauausschußbeschuß, der wiederum von den Behörden nicht akzeptiert wurde. Vom Verwaltungsausschuß mehrheitlich abgesegnet wurde jetzt ein "Kompromiß", wonach auf Tempo 30 in Loh und Kreuzstr. verzichtet wird, mehrere Einengungen im Loh erfolgen und für einen Aufwand von mehreren Tausend DM die bereits erstellten beruhigten Einmündungen in den Loh wieder umgebaut werden. Warum einfach, wenn's auch umständlich geht ...

Seit vier Jahren "läuft" nun der Modellversuch Verkehrsberuhigung **Oesede Mitte**, der eigentlich schon nach einem Jahr zu Ergebnissen führen sollte. Ideen lagen zwar genügend vor, aber es fehlte an dem Mut, einen zwischen den Wohn- und Geschäftsinteressen vermittelnden Vorschlag zu verabschieden. Deswegen wurde nun die Durchführung eines Ideenwettbewerbes für ca. 100.000 DM beschlossen. Da hierin die Gestaltung des gesamten Bereiches Oesede-Mitte einbezogen ist, dürfte der Beginn verkehrsberuhigender Maßnahmen in diesem Jahr nicht mehr erfolgen.

MEHR BÜRGERNAHE IN GMHÜTTE!

Enttäuschend verlief auch die Initiative von Bürgern des Stadtteiles **Malbergen**, den Durchgangsverkehr zu verlangsamen und die Kreuzung zwischen Schule und Bäcker Schulze insbesondere für Fußgänger sicherer zu machen. Von den Forderungen: Schwerlastverkehrverbot über 5,5 t, Beschränkung auf 30 km/h, Halteverbot vor der Schule, Zebrastrifen an der Bushaltestelle, Verlegung der U 33 auf die Klöcknerstraße und Aufstellung eines Spiegels gegenüber der Einmündung des Esch werden nur die letzten beiden realisiert.

Ziemlich schnell reagierte der Rat allerdings auf die Forderung nach Anlegung eines Radweges an der Masch. Damit soll es noch in diesem Jahr was werden.

Realisiert werden auch einige verkehrsberuhigende und -sichernde Maßnahmen an der **Unteren Findelstätte**: Zwischen "Zuckerhut" und "Kohlgarten" sollen im anbaufreien Bereich eine Querschwellen und unterhalb zwei Engstellen sowie Tempo 30 eingerichtet werden. An der Einmündung Böckler-Str. wird eine gepflasterte Bordsteinanlage und auf der gegenüberliegenden Seite eine Aufstellfläche für Fußgänger aus Holzbohlen hergestellt. Das ganze versteht sich zunächst als Versuch. Was hier vielleicht noch fehlt, wäre eine Einengung vor der Kurve von der Hindenburgstraße kommend.

Wußten Sie schon ...

... daß die Weiterführung der Rotdornstr. zur L 95 westlich der Holunderstr. nicht mehr gebaut und aus dem Flächennutzungsplan herausgenommen werden soll?

... daß in Hessen in den nächsten Jahren für ca. 21 Mio. DM begradigte und betonierete Bäche renaturiert werden?

... daß noch immer keine Entscheidung gefallen ist über den Vorschlag der UWG, auch in Malbergen und Dröper Bekanntmachungskästen aufzustellen?

Abbruch der Bruker-Veranstaltung: Proteste und fragwürdige Reaktionen

Über die UWG hatte ich von der Bruker-Veranstaltung über gesunde Ernährung erfahren. Leider war es auf Initiative der Gmhütter CDU-Fraktion einem ortsansässigen Bioladen untersagt worden, in diesem Zusammenhang einen Stand mit Bio-Brot einzurichten. Trotzdem wollte ich aus Interesse am Thema an der Veranstaltung teilnehmen.

Deshalb habe auch ich die Zwischenfälle bedauert, die zu dem Abbruch führten. Ich konnte die Abläufe sehr gut mitverfolgen, da ich neben Stadtdirektor Rolfes gesessen hatte. Mir jedenfalls stellt sich das Geschehen völlig anders dar, als von NOZ und Herrn Brickwedde beschrieben:

Die Demonstranten waren nicht hereinstürmt, sondern ruhigen Schrittes in den Saal gekommen und hatten auf der Bühne ein Transparent entrollt mit der Aufschrift: "Deutsche und Ausländer gegen Ausländerfeindlichkeit". Nicht die Demonstranten entriß dem VHS-Leiter das Mikro, sondern als ein Sprecher begonnen hatte, eine Erklärung zu verlesen, kam Fritz Brickwedde deutlich sichtbar erregt (daß Herr Rolfes ihn ansprach, merkte er nicht einmal) auf die Bühne und entriß ihm das Mikrofon. Er wurde auch nicht festgehalten, sondern konnte unmittelbar die Bühne verlassen, um die Polizei zu benachrichtigen.

Es kam auch nicht zu "tumultartigen Szenen", wie die NOZ behauptete. Als vielmehr der Versuch der Demonstranten, die Erklärung ohne Mikro zu verlesen, vom Publikum durch Sprechchöre vereitelt wurde, behielt Stadtdirektor Rolfes einen kühlen Kopf und versuchte das einzig Richtige, nämlich zu vermitteln. Und er hatte Erfolg: Das Publikum sollte die Verlesung der Erklärung akzeptieren, die Demonstranten danach die Bühne räumen. Herr Rolfes wurde nicht tatsächlich bedrängt, wie aus der NOZ-Berichterstattung vermutet werden könnte, sondern wurde Opfer der aufgepeitschten Atmosphäre, zu der auch ungeduldige Zuhörer und ein übereifriger VHS-Leiter beigetragen hatten.

Daß Bürgermeister Siepelmeier im Nachhinein die Stimmung mit Vokabular wie "verabscheuungswürdig" und "Nazimethoden" anheizt, sowie Fritz Brickwedde von "militanten Extremisten" spricht, deutet nicht unbedingt auf die Fähigkeit hin, die Sachlichkeit zu bewahren, die der Stadtdirektor vorbildlich bewiesen hatte. Die vollmundigen Versprechen des Politikers Brickwedde in der Vorphase der Bruker - Veranstaltung über den garantiert störungsfreien Verlauf kamen als Bumerang zurück und verursachten möglicherweise sein Fehlverhalten.

p.s.: Da sich Herr Kruse von der NOZ weigerte, diesen Bericht abzudrucken, bin ich der UWG dankbar, daß sie weiterhin kritische Berichterstattung ermöglicht.

Johannes Bartelt

Post Oesede-Süd dicht

Zum 1.1.85 wurde die Poststelle Talstraße in Oesede-Süd geschlossen. Trotz massiver Proteste aus der Bevölkerung, die von der Schließung erst zwei Wochen zuvor informiert wurde, war die Bundespost nicht bereit, über den Erhalt der Dienststelle auch nur zu verhandeln. Die Schließung bedeutet für viele, gerade ältere Menschen eine erhebliche Belastung. Außerdem trägt die Post mit diesem Schritt bei zur weiteren Zentralisierung des Geschäftslebens in Oesede-Mitte. Die nachteiligen Folgen dieses Prozesses: Verkehrsbelastigungen im Zentrum und Versorgungsschwierigkeiten in den übrigen Stadtteilen bedeuten für die Gesamtheit der Bürger einen weiteren Schritt weg von bürgernaher Versorgung.

Jürgen Heinze

Baubeginn am Steinbruch

Viele Bürger beteiligten sich an dem Widerstand gegen das überflüssige Geschäftsprojekt und den unsinnigen Kreuzungsumbau am Steinbruch in Alt-Gmhütte. Leider erfolglos.

Manch einer stand auch fassungslos da, als in diesen Tagen mit der Beseitigung des Baumbestandes und der Änderung der Straßenführung begonnen wurde. Man fragt sich, wofür die Hunderttausende von DM? Hätte es nicht auch ein einfacherer Ausbau getan? Werden die Anlieger dafür evtl. sogar noch bezahlen müssen? Und wird es wirklich wie vom Rat versprochen, zur Aufstellung einer Ampel kommen, oder war auch dieses wie in Dröper und bei Aldi eine Finte?

Man mag nur hoffen, daß der Schulverkehr nicht - wie von den Eltern befürchtet, unter den Spielchen des Stadtrates zu leiden hat.

Hinsichtlich der Geschäftsbesiedlung soll es derzeit Probleme geben. Die Gewinnerwartungen für einen weiteren Supermarkt müssen doch wohl so groß nicht sein

Impressum

UWG - Nachrichten
Informationsblatt der Unabhängigen Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte

Anschrift der Redaktion:
Jürgen Heinze
Am Wiesenbach 14
Tel. 43677

persönl. unterzeichn. Artikel müssen nicht die Meinung der Redaktion sein

Liebe Gmhütter Bürger,

die Unabhängige Wählergemeinschaft Gmhütte (UWG) ist am 5.5.85 vier Jahre alt geworden. Wir haben in dieser Zeit durch unsere drei Ratsvertreter versucht, Ihre Anliegen aufzunehmen und uns für mehr Bürgernähe und Umweltschutz in Gmhütte einzusetzen. Ob man von dem frischen Wind im Rathaus etwas gespürt hat, können Sie besser beurteilen als wir.

Auch im letzten Jahr dieser Wahlperiode wollen wir unseren Zielen treu bleiben. Es wird aber bereits an dem Programm für die Jahre 1986 - 1991 gearbeitet. Wenn Sie Wünsche, Anregungen und Kritik haben, würden wir uns freuen, wenn Sie sich an uns wenden.

Wenn Sie politisch interessiert sind, können Sie auch als Nichtmitglied an unseren Versammlungen teilnehmen. Da diese regelmäßig stattfinden, sind Sie so über wichtige Angelegenheiten unserer Stadt stets direkt informiert.

Wenden Sie sich an folgende Adressen:

UWG - Gmhütte
Wolfgang Springmeier
Brunnenstraße 3
Tel. 2251

UWG - FRAKTION
Heinrich Bartelt
Am Boberg 31
Tel. 2725

Melden Sie sich, denn die UWG packt an!

Wußten Sie schon ...

... daß verschiedene, teilweise gegenläufige Grundstücksinteressen der Firmen Gartmann/Dütmann, OMI-Wiemann und Hülsmann/Tegeler seit über einem halben Jahr die Realisierung der Dauerkleingärten verzögern?

... daß geplant ist, im nächsten Jahr das traditionsreiche Oeseder Gasthaus Schmidt-Casermann abzureißen (Neubau neben der Kreisparkasse), an dieser Stelle eine 700 m² große Grünanlage anzulegen und das mit ca. 1 Mio. DM öffentlicher Gelder?

... daß Anfang dieses Jahres entgegen dem Versprechen des Unterhaltungsverbandes 96 wiederum ohne den Rat zu informieren, Gewässerarbeiten stattfanden, diesmal am Gartmannsbach?

... daß eine ähnliche "Instandsetzung" in diesem Jahr an der Düte zwischen Kläranlage und Stadtgrenze geplant ist?

... daß die Holzhauser Pfadfinder bei Bensmann, Patkegärten 3, eine Alu-, Weißblech- und sonstige Altmetallsammelstelle eingerichtet haben?